Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 8 (1916)

Heft: 1

Artikel: Das Problem des Arbeitermangels in der Schweiz. Teil I und II

Autor: Bronski, M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-350538

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dem Auslande einmal näher beschäftigte und sich die Gefahren, die damit verbunden sind, vergegenwärtigte.... *Spectator.*

Das Problem des Arbeitermangels in der Schweiz.

I.

Zu den wichtigsten Problemen der schweizerischen Volkswirtschaft, die durch den Weltkrieg scharf in den Vordergrund geschoben wurden, gehört die Frage der *Beschaffung der genügenden Anzahl von Arbeitskräften.*

Auch vor dem Kriege bestand dieses Problem, das in der sogenannten *Ausländerfrage* zum Vorschein kam. Man packte es aber von falscher Seite an, vom Standpunkte der politischen raison d'être, statt in ihm eine Form der wirtschaftlichen Selbsthilfe zu sehen. Man sah nur die Ueberfremdung der Schweiz, die «Fremdeninvasion», nicht aber den Arbeitermangel, der eben in dieser Fremdeninvasion einen Ausweg aus der Sackgasse suchte.

Dieses Problem wurde nun durch den Weltkrieg in seiner ganzen Schärfe gestellt, aber nicht als Ueberfremdung, sondern als tatsächlicher Mangel an Arbeitskräften. Durch die Mobilisierung der Armeen des ganzen Europa hat man eben zu fühlen bekommen, dass die Ausländerfrage in der Schweiz eine andere, wichtigste Frage verdeckt hat. Nicht nur durch die Auswanderung der Schweizer Arbeiter ist ein tatsächlicher Mangel an Arbeitskräften greifbar geworden, sondern durch den Wegzug ausländischer Arbeiter.

Nach dem Kriege wird dieser Mangel kaum weniger fühlbar sein, wenn auch damit nicht gesagt sein soll, dass die Ursachen, die zur Auswanderung der fremden Arbeiter aus ihrer Heimat führten — sich durch den Krieg sofort ändern werden. Aber der Verlust von Millionen Arbeitern im Kriege wird zum Arbeitermangel in jedem kriegführenden Land führen und dadurch die Auswanderung aufhalten. Dies ist für die schweizerische Volkswirtschaft keine rosige Perspektive!

Ist aber die Schweiz auf die ausländischen Arbeitskräfte angewiesen? Kann die schweizerische Volkswirtschaft *aus eigener Quelle* die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht selbst decken? Um auf diese Frage zu antworten, muss man auf die Ursachen des Mangels der einheimischen Arbeitskräfte näher eingehen. Diese scheinen nicht allen klar zu sein. Die bürgerliche Presse und Wissenschaft schieben die Verantwortung dafür der einheimischen Arbeiterbevölkerung zu. Die «*Neue Zürcher Zeitung*» hat z. B. in einem Artikel: «Kann sich die Schweiz vom Auslande wirtschaftlich unabhängig machen?»[1] den Grund dieser Erscheinung in *der stetig wachsenden Abneigung der schweizerischen Bevölkerung gegen die rauhe, wenn auch gut bezahlte (?!) Handarbeit* und in ihrer Ueberschätzung der festbesoldeten öffentlichen Beamtenstellen ... gefunden!

Nun ist es fraglich, ob es besser wäre, von ihrem Standpunkt aus, die ausländischen Arbeitskräfte in den «festbesoldeten öffentlichen Beamtenstellen» beschäftigen zu lassen, um die einheimische Bevölkerung in den Fabriken zu behalten. Auf alle Fälle wird dadurch der Mangel an Arbeitskräften nicht gehoben, er besteht ja weiter. Auch in ihrer weiteren Analyse dieser Erscheinung ist die bürgerliche Presse nicht glücklicher. «Schuld an dieser verhängnisvollen Erscheinung» schreibt weiter dieses Kapitalistenblatt «trägt zum guten Teil die durchwegs bei uns herrschende *Ueberschätzung des Schulwissens* statt des praktischen Könnens....

«... Daher der leider *vom Staate* durch die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und oft noch der Lehrmittel *geförderte ungesunde Zudrang zu den Mittelschulen*, der zur Folge hat, dass sich für den unbedeutendsten Schreiberposten Dutzende von Bewerbern melden, während ganze Gewerbe trotz guten Lohnverhältnissen dauernd an Arbeitermangel leiden. ...

«Die jungen Leute, denen man in den staatsbürgerlichen Kursen sämtliche Rechte des Referendumsbürgers eingepaukt und alle Finessen der Praxis des Bundesgerichts in gewerbepolizeilichen und Doppelbesteuerungsprozessen beigebracht hat, *werden sich nachher dafür bedanken, mit dem Metzgermesser oder mit der Maurerkelle ihr Brot zu verdienen...*»

Weder «Ueberschätzung des Schulwissens», noch der «ungesunde Zudrang zu den Mittelschulen», noch die Kenntnisse des Verwaltungsrechtes, sind als Ursachen des Arbeitermangels in der Schweiz zu akzeptieren.

Wenn sie aber diese Aufgabe nicht lösen — so zeigen sie, wie das Bürgertum dieses wirtschaftliche Problem zu «lösen» gedenkt. Zurück zur Barbarei, das ist ihre Parole. Sie wird dabei durch die bürgerliche Wissenschaft unterstützt. Ausgerechnet ein Professor der Handelswissenschaft an der Genfer Universität, früher Professor in St. Gallen, Dr. *Töndury*, hat in seiner Broschüre: «Wirtschaftliche Unabhängigkeit»[2] auch diesen Weg gegen die Volksschule betreten und damit versucht, das Problem zu lösen: «Die Handarbeit ist in unserem Lande in Misskredit gekommen und mit der Abkehr von der körper-

[1] Am 18. August 1915.
[2] Verlag Rascher & Cie., Zürich 1915.

lichen Arbeit ist auch der Wille zur selbständigen (!), wenn auch bescheidenen (!) Existenz verschwunden...» Und natürlich ist die Schule daran schuld.

«.... So wurden unsere Volksschulen unbekümmert um die Verschiedenheit der Bedürfnisse zu Stadt und Land gleich eingerichtet und mit einem einseitig auf die Bedürfnisse der späteren Kopfarbeiter eingestellten Lehrplan beglückt, *als ob mit aller Gewalt aus dem hintersten Ackerknecht und dem letzten Handwerksbuben ein Federfuchser gemacht werden müsste*... Was Wunder, dass bald der, bald jener meinte, sein Junge müsse es einmal besser haben als er, und dürfe sich nicht so abplagen...»

Es ist von grösster Wichtigkeit, auf die Aeusserungen der bürgerlichen Presse einzugehen, um zu sehen, wohin die Reise geht. Man will die Bevölkerung zur «rauhen Arbeit» und «bescheidenen» Selbständigkeit erziehen, als ob der Arbeiter «selbständig» wäre — damit der Knecht ein Knecht bleibe und dem Unternehmer als Ausbeutungsobjekt diene.

Wird dadurch aber dem Arbeitermangel entgegengewirkt? Keine Spur! Nicht in dem schlechten Lehrplan der Volksschule oder gar in der Demokratisierung des Wissens ist die Ursache der sozialen Erscheinung zu suchen, die als Arbeitermangel der schweizerischen Volkswirtschaft zum Vorschein kommt.

II.

Worin besteht aber eine Erscheinung, die die Unternehmer als Arbeitermangel fühlen? Vor allem: was heisst das, dass die schweizerische Bevölkerung der Industrie und der Landwirtschaft zu wenig disponible Arbeitskräfte zur Verfügung stellt. Nichts anderes, als dass der Unternehmer nicht Herr des Arbeitsmarktes ist. Nichts ist aber für einen kapitalistischen Unternehmer unangenehmer, als eine kleine Auswahl der Arbeiter. Denn der *Arbeitslohn* muss dadurch in die Höhe gehen. Nebenbei leidet auch die soziale Position der Unternehmerklasse gegenüber derjenigen der Arbeiter. Die Unternehmerklasse muss also eine genügende *industrielle Reservearmee* zur Verfügung haben, ohne welche der Akkumulationsprozess des Profits nicht so rapid vor sich gehen kann. Wenn also die kapitalistische Unternehmerschaft einen Arbeitermangel empfindet, so bedeutet dies, dass die Kapitalanhäufung (Kapitalakkumulation) in der Schweiz ziemlich schnell vor sich gegangen ist, und das Angebot der Arbeitskräfte überholt hat.

Die Anhäufung des schweizerischen Kapitals ist schneller als der Proletarisierungsprozess der schweizerischen Bevölkerung. Gewöhnlich bietet der Unternehmerschaft die kapitalistische Entwicklung des eigenen Landes genug Möglichkeiten, das Reservoir disponibler Arbeitskräfte voll zu halten. Und zwar nicht nur durch den natürlichen Zuwachs der Bevölkerung. Schon *Karl Marx* wusste, dass «der kapitalistischen Produktion das Quantum verfügbarer Arbeitskraft, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefert, keineswegs genügt. Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee».*

Nun scheint aber, dass der natürliche Bevölkerungszuwachs auch in der Schweiz ziemlich nachgelassen hat. Der Ueberschuss der Lebendgeborenen über die Gestorbenen wächst zwar absolut, aber hauptsächlich ist dieses Wachstum auf den Rückgang der Sterblichkeit, nicht aber auf die Steigerung der Geburten zurückzuführen. Nach dem *Statistischen Jahrbuch der Schweiz* entfallen auf 1000 Personen der Bevölkerung:

	Eheschliessungen	Lebendgeborene	Gestorbene
1879	6,9	30,5	22,5
1880	6,8	29,6	21,9
1885	6,9	27,7	21,3
1890	7,0	26,6	20,9
1895	7,3	27,2	19,2
1900	7,7	28,6	19,3
1905	7,5	26,5	17,6
1910	7,3	25,0	15,1
1911	7,4	24,2	15,8
1912	7,3	24,1	14,1

Obwohl die Zahl der Eheschliessungen auf je 1000 Personen der Bevölkerung gestiegen ist, ist die Zahl der Lebendgeborenen ziemlich stark zurückgegangen. Dieser Geburtenrückgang ist übrigens keine Besonderheit der Schweiz. Auch andere hochkapitalistische Staaten weisen diese soziale Erscheinung auf, und versuchen gegen sie zu steuern.

Dieser Geburtenrückgang kann auf das verminderte Angebot der Arbeitskräfte einen Einfluss haben, aber die Hauptursache dieses Arbeitermangels liegt anderswo.

Die anderen wichtigsten Quellen des Arbeiterangebots in den Städten: *die Landflucht der proletarisierten Bauern* scheint nicht allzusehr das Reservoir der industriellen Armee zu füllen; auch der *Proletarisierungsprozess des städtischen Kleinhandels, der Hausindustrie und des Kleingewerbe* geht nicht in dem gleichen Tempo wie die Akkumulation des schweizerischen Kapitals.

Mit einem Worte, die kapitalistische Entwicklung schafft sich in der Schweiz nicht in genügender Anzahl disponible Arbeitskräfte, wo sie doch überall in den meisten Staaten dies mit glänzendem Erfolg tut. Welche Schwierigkeiten stellen sich ihr hier in der Schweiz gegenüber?

*Das Kapital, Bd. I, S. 599.

Was hält die kapitalistische Entfaltung der Schweiz auf? Freilich, die kapitalistische Entwicklung macht in der Schweiz grosse Fortschritte, was aus den Daten der letzten Berufsstatistik (1910) zu ersehen ist. Aber es ist bemerkenswert, dass die *Industrialisierung der Schweiz einen relativen Rückschritt aufweist,* im Vergleich mit der Entwicklung des Handels und Verkehrs. «Die Industrie ist in den letzten zehn Jahren hinsichtlich der Zahl der durch sie Ernährten relativ zurückgegangen und hat in bezug auf die Zahl der Beschäftigten einen relativ kaum nennenswerten Zuwachs gewonnen», schreibt *J. Lorenz* bei Betrachtung der neuesten Daten der Berufszählung 1910.[1] «Wenn wir» sagt Lorenz weiter «die Zahl der Erwerbstätigen in Betracht ziehen, so ist die relative Zunahme bei Handel, Verkehr und liberalen Berufen mehr als doppelt so gross als bei der Industrie.»

Diese Angaben zeigen an, dass die schweizerische Volkswirtschaft in ihrer industriellen Entfaltung eine Richtungsänderung genommen hat. Die Schweiz entwickelt sich mehr zum Rentnerstaat. Dies geben auch die Banken selbst zu. In der neuesten Publikation schreibt die *Basler Handelsbank:* «Auch heute darf die Schweiz zu den *kapitalreichen Ländern Europas* gerechnet werden... Und ebenso ist jetzt... wahr, dass die Schweiz in die Reihe der *Gläubigerstaaten* zu rechnen ist, dass also mit anderen Worten ihre eigenen Kapitalanlagen im Auslande die fremden Kapitalanlagen im Inlande weit übertreffen.»[2]

In diesem *Kapitalexport* ist die Antwort der uns interessierenden Erscheinung zu suchen, die in den Zahlen der Berufsstatistik als Rückgang der Industrie zum Vorschein kommt und als Mangel an einheimischen Arbeitskräften von den Unternehmern empfunden wird. Darüber näheres im zweiten Artikel. *M. Bronski.*

Notwendigkeit erneuter Massnahmen gegen die Teuerung.

Bekanntlich versammeln sich die Vertreter des schweizerischen Städteverbandes, um sich gegenseitig über den Stand des Lebensmittelmarktes zu unterrichten und über Massnahmen zur Milderung der Teuerung oder des durch diese bewirkten Notstandes zu beraten. Ferner wissen wir, dass nun von verschiedenen Seiten, unter anderm vom Sekretariat der Liga zur Verbilligung der Lebenshaltung sowie vom eidgenössischen statistischen Bureau und von verschiedenen kantonalen statistischen Aemtern, die Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt fortgesetzt beobachtet wird. Um ein richtiges Situationsbild zu erhalten und feststellen zu können, wie die einzelnen Volksklassen durch die Doppelwirkung von Krieg und Teuerung betroffen werden, müssten der Geschäftsgang in Handel, Industrie und Gewerbe, der Stand des Arbeitsmarktes und der der Arbeitslöhne und Einkommensverhältnisse ebenfalls einer umfassenden Beobachtung und regelmässiger Gegenstand der Berichterstattung bilden. Was da gegenwärtig geschieht, ist absolut ungenügend, so lobenswert an sich die Bemühungen der Statistiker, Publizisten, Volkswirtschafter oder Vereinsfunktionäre sind, die sich mit derartigen Beobachtungen befassen.

Da sich aber, trotz allen Versuchen, Wandel zu schaffen, in absehbarer Zeit keine wesentlich günstigern Resultate gewinnen lassen und die Wirtschaftslage sich zusehends verschlechtert, namentlich auch die Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt fröhlich weiter Fortschritte macht, wird es notwendig sein, Mittel und Wege zu finden, die namentlich den wirtschaftlich Schwachen einen bessern Schutz gegen die Wirkungen der Teuerung bieten.

Wollten wir warten, bis auf Grund exakter wissenschaftlicher Forschung festgestellt ist, oder bis durch die weitere Gestaltung der Verhältnisse selbst erwiesen ist, dass uns allen ernste wirtschaftliche Gefahren, Not und Armut in viel intensiverem Masse als bisher drohen, dann wäre es zu spät, Abhilfe schaffen zu wollen.

Diese Ansicht scheint auch in dem von sozialistischen Grundsätzen völlig freien Lager der schweizerischen Arbeitgeberorganisationen vorzuherrschen.

Schon Mitte September vorigen Jahres stellte die Redaktion der «*Schweiz. Arbeitgeberzeitung*» über die gleiche Frage die nachfolgenden Betrachtungen an.

«Wie man in der Schweiz und anderswo den Wucher mit notwendigen Lebensmitteln bekämpft.

Nach Art. 1 der bundesrätlichen Verordnung vom 10. August 1914 wird von Amts wegen mit Gefängnis und Geldbusse bis auf 10,000 Franken bestraft,

a) wer für Nahrungsmittel oder andere unentbehrliche Bedarfsgegenstände Preise fordert, die gegenüber dem Ankaufspreis einen Gewinn ergeben würden, der den üblichen Geschäftsgewinn übersteigt,
b) wer an einer Verabredung oder Verbindung teilnimmt, welche die Erzielung solcher Preise zum Zwecke hat,
c) wer in der Absicht, aus einer Preissteigerung geschäftlichen Gewinn zu ziehen, im Inland Einkäufe von

[1] Vgl. *Jacob Lorenz:* Neuere Entwicklungstendenzen in der schweizerischen Volkswirtschaft. *Neues Leben.* Dezember 1915. S. 361.

[2] Das schweizerische Kapital während des Krieges. 1915. Basler Handelsbank.